

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1145

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1145](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1145)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



FÜR KRISENSICHERES GELD:  
**GELDSCHÖPFUNG** ALLEIN  
DURCH DIE NATIONALBANK!



## Wie passt die Vollgeld-Initiative zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der FDP?

Die Wirtschaftspolitik der FDP hat eine marktorientierte Volkswirtschaft mit möglichst ausgeglichenen Wettbewerbsbedingungen zwischen den Wirtschaftsakteuren bzw. –sektoren zum Ziel. Heute bestehen strukturelle Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Finanzwirtschaft und zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft: der Bankensektor kann selbst Geld erzeugen und hat dadurch enorme Finanzierungsvorteile gegenüber allen anderen Unternehmen sowie auch Privaten.

- Banken haben Extragewinne und können Geld für Investitionen per Kredit selbst erzeugen. Alle anderen Unternehmen müssen sich Geld für Investitionen immer zuerst zinspflichtig besorgen oder selbst erarbeitet haben.
- Vollgeld-Initiative schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Banken und Unternehmen: Banken dürfen nicht mehr selbst Geld schöpfen, sondern müssen ihre Investitionen wie alle anderen ordentlich refinanzieren.
- Die überbordende Bankenregulierung könnte auf Basis der Vollgeldreform grundlegend vereinfacht werden. Das bedeutet geringere Regulierungskosten bei Staat und Banken.
- Nur noch die Nationalbank erzeugt elektronisches Buchgeld. Die zusätzlichen Einnahmen durch die Geldschöpfung in Höhe von 5 bis 10 Mrd. Franken pro Jahr werden an Bund und Kantone ausgezahlt. Mit diesen Einnahmen können z.B. Steuern gesenkt oder Staatsschulden getilgt werden.

Im Folgenden werden die wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen der FDP in einen Bezug zur Vollgeld-Initiative gestellt. Es wird gezeigt, welchen Beitrag die Vollgeld-Initiative zur Verwirklichung dieser ökonomischen und politischen Ziele zu leisten vermag.

Die wirtschaftspolitische Agenda „der Liberalen“ steht ganz im Zeichen der unternehmerischen Freiheit. Die Aufgabe des Staates ist es, diese Freiheit so gut wie möglich zu gewährleisten und möglichst ausgeglichene Wettbewerbsbedingungen für alle Wirtschaftsakteure zu schaffen.

### Für gleich lange Spiesse

Faktisch bestehen heute geldsystemische Wettbewerbsverzerrungen zwischen Real- und Finanzwirtschaft, aber auch innerhalb des Bankensektors selber.

Banken können selbst Geld erzeugen und erhalten dadurch enorme (Re-)Finanzierungsvorteile gegenüber allen, die nicht über diese Möglichkeit verfügen – Unternehmen, Privatpersonen, aber auch alle Finanzakteure ohne Banklizenz wie Versicherungen, Pensionskassen oder Beteiligungsgesellschaften. **Denn alle Nichtbanken müssen sich die Mittel für Investitionen zuerst selbst erarbeiten oder zinspflichtig ausleihen!** Ausserdem ist die Geldschöpfung der Banken zu einem überwiegenden Teil zum Selbstzweck geworden; sie fliesst mehrheitlich direkt in hochliquide

Finanzprodukte und befeuert damit auf den Finanzmärkten Spekulationen ohne realen Investitionscharakter. Mittlerweile gelangen rund 80% des von Banken neu geschöpften Geldes direkt in rückbezügliche „Geld-aus-Geld“-Geschäfte, ohne direkt die Realwirtschaft positiv zu stimulieren. Die FDP betrachtet diese Entwicklung als prinzipiell unerwünscht, wenn sie sagt, *„die Wirtschaft sind wir alle. Sie ist kein Selbstzweck, sondern schafft Arbeitsplätze und Wohlstand“ (Zukunftsstrategie S. 2)*, denn beides ist nur durch reale Wertschöpfung zu haben.

Die kaufkräftige Geldmenge M1 wuchs in der Schweiz zwischen 1990 und 2012 um etwa 121%, wohingegen das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen um nur etwa 31% anstieg. Das reale BIP erhöhte sich sogar nur um etwa 24%. Daraus ist ersichtlich, dass ein Grossteil des neu geschöpften Geldes in Finanzinvestments wie Aktien, Immobilien, Derivate etc. geflossen ist. Investitionen im Finanzsektor versprechen aus Sicht der Banken schneller höhere Renditen im Vergleich zum niedrigeren und vor allem langfristigen Investitionshorizont der Realwirtschaft.

Aber auch innerhalb des Bankensektors besteht heute eine mehrfache geldsystemische Bevorteilung ganz grosser Banken gegenüber kleinen und mittelgrossen Banken.

**Erstens** ist im fraktionalen Reservesystem aufgrund der Settlement-Notwendigkeit prinzipiell die grosse Bank mit vielen Zahlungen innerhalb der eigenen Bilanz systemisch bevorteilt gegenüber einer kleinen Bank mit logischerweise mehrheitlich über ihre eigene Bilanz hinausreichenden Zahlungsströmen. **Deshalb** liegen die Vorteile aus der eigenen Geldschöpfung mehrheitlich bei der grossen Bank, vor allem wenn sie einen Investmentbanking-Bereich hat.

**Zweitens** geniessen die ganz grossen Institute mit ihrem „Too big to fail“-Statuseine De-facto-Staatsgarantie und können sich darum erlauben, grössere Risiken einzugehen als kleinere Institute.

**Drittens** sind die mittlerweile exzessiven Regulierungen auf die Grossbanken zugeschnitten. Diese haben sie sogar massgeblich mitgestaltet. Demgegenüber belastet die Compliance-Last die kleinen Banken – relativ betrachtet – übermässig und zwingt sie in ein nicht zu rechtfertigendes Korsett, das sie – relativ zu den Grossbanken – klar benachteiligt.

Dies alles begünstigt einen Konzentrationsprozess innerhalb des Bankensektors und erhöht die Einstiegshürden in die Bankbranche. Darunter leidet der Wettbewerb und somit der Innovationstrieb der ganzen Branche. Diese systemische Wettbewerbsverzerrung richtet sich gegen die liberalen Prinzipien der FDP, denn *“wer den Wettbewerb verzerrt, sich ungerechtfertigt bereichert oder Konsumenten illegal übervorteilt, wird bestraft“ (S. 2)*.

Das Vollgeld-System beseitigt diese systemische Wettbewerbsverzerrung einerseits zwischen der Real- und der Finanzwirtschaft, andererseits innerhalb der Bankbranche. Jeder Wirtschaftsteilnehmer arbeitet im Vollgeld-System mit den gleichen geldsystemischen Voraussetzungen. **Und jeder Wirtschaftsteilnehmer wird über vollkommen sichere und vor allem von anderen Wirtschaftsteilnehmern wirklich unabhängige eigene elektronische Zahlungsmittel verfügen.**

## Für Abbau von Bürokratie und Stärkung der Eigentümerrechte

Mit Vollgeld werden alle Guthaben auf unseren Konten zu gesetzlichem Zahlungsmittel, sozusagen zu elektronischem Bargeld. Wenn eine Bank in Konkurs gerät, gehen die Franken auf den Zahlungsverkehrskonten (Privatkonten, Kontokorrent, etc.) nicht mehr verloren, und der

**Zahlungsverkehr wird nicht tangiert.** Die elektronischen Zahlungsmittel gehören dann wirklich dem Geldbesitzer - wie das Bargeld im Portemonnaie oder im Tresor. Dieses Geld ist deshalb völlig sicher. Banken müssen nicht mehr vom Staat gerettet werden: ein Riesengewinn an Sicherheit und eine unbestreitbare Stärkung der Eigentümerrechte für alle Wirtschaftsteilnehmer.

Die Nationalbank gewährleistet ein stabiles und krisensicheres Geldsystem, auf dessen Grundlage in angemessener Masse die Finanzwirtschaft, vor allem aber die Realwirtschaft unter fairen wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen funktionieren kann. Massive Eingriffe in die (Finanz-)Wirtschaft, wie sie mit der heutigen Bankenregulierung bestehen, werden auf einen Schlag unnötig. Dies ist aus Sicht der FDP wünschenswert, denn sie will, *„dass der Staat sich nicht in die Wirtschaft einmischt, sondern klare Regeln formuliert“* (S. 2). **Mit Vollgeld werden grundlegende Regeln geschaffen, wobei die überbordende Bankenregulierung grundlegend vereinfacht werden kann, weil keine einzige Bank mehr „too big to fail“ ist.** Statt mit immer mehr Regulierungen die Symptome zu bekämpfen – ohne jedoch eine wirklich garantierbare Sicherheit schaffen zu können –, wird das Problem endlich an der Wurzel angegangen. Vollgeld ermöglicht einen Abbau der Bürokratie im Bankensystem. Das wäre ein Standortvorteil des Schweizer Finanzplatzes im globalen Wettbewerb.

## Für eine schuldenfreie Schweiz

Der FDP sind ausgeglichene Staatsfinanzen ein Anliegen: *“Wir bewahren die Schweiz vor der Schuldenwirtschaft (...) Ebenso kämpft die FDP für nachhaltige Staatsfinanzen sowie tiefe Steuern und Sozialabgaben. Damit bewahrt sich die Gemeinschaft Handlungsfreiheit für kommende Herausforderungen“* (S. 3). **Die Vollgeld-Initiative leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Schweiz sich nachhaltig von der Schuldenwirtschaft befreien kann.** Denn eine erfreuliche Folge der Vollgeld-Initiative ist, dass die Nationalbank pro Jahr mehr Mittel (je nach Annahmen 3-10 Mrd.) an Bund und Kantone auszahlen kann. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen könnten Steuern gesenkt, Staatsschulden abgebaut oder die öffentliche Infrastruktur und die Sozialwerke mitfinanziert werden. Möglich wäre auch, neues Geld durch eine jährliche Bürgerdividende von 400 bis 1'000 Franken pro Kopf in Umlauf zu bringen. Dieser letztere Weg ist übrigens bezüglich realwirtschaftlicher Wirkung der effektivste und wohl von den geringsten politischen Einflussversuchen begleitet.

Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass im heutigen Geldsystem, in welchem elektronisches Geld ausschliesslich durch Kreditvergabe entstehen kann, Schulden nur abgebaut werden können, wenn sich die Geldmenge vermindert, was ein negatives Wirtschaftswachstum verursachen würde. Die Logik des heutigen Geldsystems verunmöglicht einen gesamtwirtschaftlichen Schuldenabbau!

Aus diesen Gründen bildet das Vollgeld-System die Grundlage, um den von der FDP angestrebten Schuldenabbau überhaupt erreichen zu können.

## Nachhaltiges Wachstum durch öffentliche Geldschöpfung

Wenn neu geschöpftes Geld zuerst und direkt über öffentliche Ausgaben oder per Bürgerdividende in die Realwirtschaft fließt, wird ein stabileres Wirtschaftswachstum möglich, als wenn der Grossteil davon zuerst in volatile Finanzmärkte gelangt. Die Nationalbank kann die Geldmenge wieder direkt steuern und ist nicht wie heute darauf angewiesen, dies indirekt über Beeinflussungsversuche bei der Kreditvergabe der Banken zu erwirken.

Zudem fördert Vollgeld das traditionelle und solide Bankgeschäft. Banken können auch mit Vollgeld rentabel und langfristig stabil arbeiten. Die Arbeitsplätze in der Bankenbranche bleiben gesichert. Das zeigt die PostFinance, die pro Jahr rund 600 Millionen Franken Gewinn erwirtschaftet, ohne selber Geld zu erschaffen. Die allermeisten Banken (Lokal-, Regional- und Kantonalbanken) haben annähernd so viele Spargelder gebucht wie sie Kredite ausstehen haben. Sie alle werden von der Umstellung auf Vollgeld gar nichts merken; mittelfristig wird sich aber ihre verbesserte Wettbewerbssituation positiv auswirken. Auch die Vermögensverwaltungsbanken werden Gleiches erfahren. Im Übrigen sei betont, dass auch Versicherungen und andere Finanzunternehmen rentabel arbeiten, ohne selbst Geld herzustellen.

Ausführliche weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)

Initiativtext mit Erläuterungen: [www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen](http://www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen)

Kernbotschaften der Initiative: [www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften](http://www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften)

Antworten auf über 100 Fragen: [www.vollgeld-initiative.ch/fragen/](http://www.vollgeld-initiative.ch/fragen/)